

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

ZEITSCHRIFT DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



„Kulturkampf“ um 1. Mai-Feier

Im Wiener Gemeinderat hat die nichtsozialdemokratische Mehrheit einen Angriff auf eine Tradition der Wiener Arbeiterbewegung gestartet: Vereint verlangen ÖVP, FPÖ, Grüne und Liberale, daß am 1. Mai in Hinkunft die Verkehrsbetriebe von frühmorgens an den Vollbetrieb aufnehmen.

Die SPÖ muß endlich zur Kenntnis nehmen, daß sie nicht mehr die absolute Mehrheit hat: Mit diesen Worten trumpfte die Klubobfrau des Liberalen Forums, Gabriele Hecht, im Wiener Landtag auf. Die drei Oppositionsparteien FPÖ, Grüne und LIF hatten gemeinsam mit der ÖVP einen Antrag eingebracht, in dem die für die Verkehrsbetriebe zuständige Stadträtin Brigitte Ederer aufgefordert wird, ein Konzept für den Vollbetrieb der Wiener Linien am 1. Mai vorzulegen. Es war ganz klar, daß es den vereinigten Gegnern der Sozialdemokraten vor allem darum ging, eine Tradition des Roten Wien zu zerstören – seit mehr als einem halben Jahrhundert fahren die Straßenbahnen am 1. Mai erst am Nachmittag, womit den Mitarbeitern der Verkehrsbetriebe die Teilnahme an der Maifeier ermöglicht wurde. Enttäuschend war in dieser Situation insbesondere die Haltung der Grünen, die sich sonst bei jeder Gelegenheit einen „linken“ Anstrich geben. Ihr Klubobmann Christoph Chorherr hielt eine Brandrede, in der er unter hefti-

gen Attacken auf Ederer und auf die ORF-Sendung „Wien heute“ (dort war in einer Blitzumfrage eine Mehrheit gegen den Vollbetrieb eruiert worden) verlangte, daß die Straßenbahnen, die U-

stischen Bemerkung veranlaßte: „Je freiheitlicher die Grünen werden, desto distanzierter werden sie von uns werden.“ Wiens SPÖ-Vorsitzender Bürgermeister Michael Häupl sieht

Was die Beziehungen der SPÖ zu den Grünen anlangt, so habe Christoph Chorherr darin „erhebliches Porzellan zerschlagen“. Die Grünen haben vor einer Kooperation mit der FPÖ offenbar

keine Hemmungen mehr. Und bei der ÖVP bestehe offenbar immer wieder das Bedürfnis, zu zeigen, daß man sich nicht voll an den Koalitionsvertrag gebunden fühle. „Für uns aber“, so Häupl, ist der Koalitionsvertrag kein Vertrag mit Auswechselblättern!“ Daß noch immer alljährlich Zehntausende an der Maikundgebung der Wiener Sozialdemokraten teilnehmen, ist den anderen Parteien offenbar ein Dorn im Auge. In den kommenden Wochen wird der Antrag im Ausschuß zu behandeln sein, und man wird sehen, ob die „Einheitsfront“, die ihn vertritt, weiter bestehen bleibt. Für die Sozialdemokraten gilt: Jetzt erst recht werden wir den Tag der Arbeit würdig feiern. Und jetzt erst recht müssen wir alles tun, um wieder Mehrheitsverhältnisse im Rathaus zu schaffen, die erlauben, daß die SPÖ ihr Willen voll durchsetzen kann.



Wiens SPÖ-Vorsitzender Bürgermeister Häupl: „Sie wollen ein Stück unserer Tradition herausbrechen“

Bahn und die Busse schon am 1. Mai 1968 von frühmorgens an fahren müssen. Stellungnahmen der Personalvertretung der Wiener Linien, die sich gegen den Antrag ausgesprochen hatten, verurteilte er als „Querschüsse“. Er durfte dafür den Beifall nicht nur der Volkspartei und der Liberalen, sondern auch der Freiheitlichen einheimsen, was SPÖ-Klubobmann Johann Hatzl zur sarka-

in dem Vierparteiantrag einen gegen die SPÖ gerichteten „Kulturkampf“. „Sie wollen uns zu verstehen geben: Das Rote Wien gibt es nicht mehr“, sagte er. Der Antrag sei ein Versuch, ein Stück aus der Tradition der Wiener Arbeiterbewegung herauszubrechen. „Wir verabschieden uns aber nicht aus unserer Geschichte. Einen Mehrheitsbeschluß müßte man gegen uns fassen.“

schuß zu behandeln sein, und man wird sehen, ob die „Einheitsfront“, die ihn vertritt, weiter bestehen bleibt. Für die Sozialdemokraten gilt: Jetzt erst recht werden wir den Tag der Arbeit würdig feiern. Und jetzt erst recht müssen wir alles tun, um wieder Mehrheitsverhältnisse im Rathaus zu schaffen, die erlauben, daß die SPÖ ihr Willen voll durchsetzen kann.

FP-Provokation: „Volksschädling in Wels“

Das ist noch immer möglich: 52 Jahre nach Hitlers Tod beschimpfte der Welser Gemeinderat und früher von der FPÖ gestellte Volksanwalt Josseck einen anerkannten Filmregisseur in NS-Diktion ungestraft als „Volksschädling“!

Jörg Haiders Männer sorgen dafür, daß nicht vergessen wird, wes Geistes Kind viele Funktionen der FPÖ sind. Ein besonders häßliches Beispiel dafür lieferte jüngst der Welser FP-Gemeinderat und frühere Volksanwalt Helmut Josseck, indem er eindeutiges NS-Vokabular zur Beschimpfung des renommierten Filmregisseurs Andreas Gruber verwendete.

Gruber, der durch seinen Film über die berüchtigte Mühlviertler „Hasenjagd“ (die Verfolgung aus dem KZ Mauthausen geflüchteter russischer Häftlinge durch die aufgehetzte Bevölkerung) auch international Anerkennung gefunden hat, suchte im Gemeinderat um Subvention für ein neues Filmvorhaben an. Bürgermeister Bregartner und die Fraktionen von SPÖ,

ÖVP und Grünen waren für die Subvention. Daraufhin entspann sich eine Debatte, in der Josseck – übrigens einst Mitglied der polizeilich aufgelösten schlagenden Burschenschaft „Olympia“ – sich nicht scheute, den Filmregisseur als „Volksschädling“ und „Stadtschädling“ zu beschimpfen. Als Vertreter anderer Parteien dies als Begriffe aus dem Wortgebrauch des Naziregimes rügten, sagte Josseck: „Für solche Typen sind sie immer aktuell“. Und er erläuterte sei-

ne Beschimpfung: Gruber sei seinerzeit als VP-Kulturstadtrat Urheber der „Braune-Flecken“-Debatte gewesen, die Wels geschadet habe.

Der Begriff „Volksschädling“ entstammt eindeutig dem Wörterbuch des Nationalsozialismus. 1939 wurde sogar eine eigene Verordnung gegen „Volksschädlinge“ erlassen, die mit der Todesstrafe drohte – man sieht, daß der Weg vom „Volksschädling“ zur „Schädlingvernichtung“ nicht weit war.

Leistungen aus der Mauerbach-Auktion

Mit dem Bundesgesetz BGBl. 1995/515 ist dem Bundesverband der Israelitischen Kulturgemeinden die Ermächtigung erteilt worden, das nach 1945 von den Alliierten der Republik Österreich übergebene, seinerzeit von den Nationalsozialisten beschlagnahmte, noch herrenlose Vermögen versteigern zu lassen; je 4 % des Reinertrages sind den drei in der Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossenen Verbänden zu überweisen. Aus diesem Erlös sollen gemäß § 8 dieses Gesetzes bedürftige Opfer des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebene finanzielle Unterstützung erhalten.

Vorerst sollen nur jene Kameradinnen und Kameraden Leistungen aus diesen Mitteln erhalten, die keinen Anspruch auf Leistungen aus dem Nationalfonds der Republik Österreich (BGBl. 1995/432) haben. Vermeintlich Anspruchsberechtigte beim Nationalfonds

können vorläufig nur dann Leistungen von der Arbeitsgemeinschaft bekommen, wenn der Nationalfonds (NF) ihren Antrag nachweislich schriftlich abgewiesen hat.

Kameradinnen und Kameraden, die glauben, die vorstehenden Voraussetzungen zu erfüllen, mögen sich schriftlich spätestens bis Ende des Jahres an ihren zuständigen Landesverband bzw. an das Büro des Bundesverband der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus wenden. Antragsteller erhalten dann ein Antragsformular, das sie möglichst bald ausfüllen und rücksenden sollen. Aufgrund dieser Anträge wird das Präsidium unseres Bundes unter Berücksichtigung der vorhandenen Mittel über die Zuerkennung entscheiden. Laufende Zuweisungen sind nicht vorgesehen. Ein Rechtsanspruch auf diese Mittel besteht nicht.

Gedenken in St. Pölten



V.l.n.r.: Obmann Egon Meyer, Bgm. Willi Gruber, Vizebgm. Amand Kysela, Labg. Karl Gruber bei der Gedenkfeier

Auf Initiative der SPÖ, Bezirksorganisation St. Pölten, und des Obmannes unserer Bezirksgruppe Egon Meyer fand im Juli eine Gedenkfeier zu den Ereignissen vom 15. Juli 1927 statt, die am Anfang des Niederganges der Ersten Republik standen. Rund 300 Personen nahmen an der Veranstaltung teil.

Landtagsabgeordneter Karl Gruber schilderte, wie es zum Brand

des Justizpalastes und zum Massaker – mit dem Ergebnis von 89 Toten und mehr als tausend Verletzten – kam.

Für unseren Bund sprach Alfred Ströer. Er sagte, die Erinnerung an die tragischen Ereignisse im Juli 1927, im Februar 1934 und die Schrecken des Hitlerregimes müssen alle Demokraten ermuntern, alles zu tun, um eine Wiederkehr solcher Zeiten zu verhindern.

Lehren des 15. Juli 1927

Gedenkfeiern wie die zur Erinnerung an den 15. Juli 1927 haben auch einen aktuellen Sinn: sie sind eine Mahnung, alles zu tun, daß nie mehr eine Situation entsteht, in der solche Ereignisse möglich sind.

Die Wiener Freiheitskämpfer veranstalteten gemeinsam mit der Wiener SPÖ-Bildung und der Initiative gegen Rechts neben der Gedenkkundgebung für die Opfer des 15. Juli 1927 vor dem Denkmal der Republik auch einen Diskussionsabend im Festsaal der Volkshochschule Favoriten. Nach einer Begrüßung durch Bundesrat Dr. Michael Ludwig befaßte sich

eine Rund unter Leitung von NR a.D. Ernst Nedwed mit den Ereignissen und mit den Lehren aus der damaligen tragischen politischen Entwicklung, die vom Juli 1927 zur austrofaschistischen Diktatur, zum Februar 1934 und schließlich zum Hitlereinmarsch 1938 führten.

Nach einer Einleitung des Historikers Dr. Wolfgang Maderthaler berichteten die beiden ehemaligen Abgeordneten Schella Hanzlik und Leo Mistingner, wie sie die Ereignisse des 15. Juli 1927 erlebt hatten. Beide waren damals in der Sozialistischen Arbeiterjugend und bei den Wehrsportlern aktiv. Sie schilderten, wie der Freispruch der Mörder von Schattendorf auf die Arbeiter in den Betrieben wirkte und wie sich spontan Demonstrationen zum vermeintlichen Symbol der Klassenjustiz, dem Justizpalast, formierten. Als die Feuerwehr beim brennenden Justizpalast eintraf, der Republikanische Schutzbund für Ordnungsmaßnahmen mobilisiert worden war und somit die Chance bestand, eine weitere Eskalation zu verhindern, begann die Polizei gezielt in die Menge zu schießen.

Für die beiden damals jungen Sozialisten war es furchtbar, anzusehen, daß die Polizei Demonstranten bis in die umliegenden Straßen verfolgte und auf Unbewaffnete, oft nicht einmal an der Demonstration Beteiligte schoß. Der auf dieses Gemetzel folgende Generalstreik war eine solidarische Antwort auf die Brutalität der Regie-



BR Dr. Michael Ludwig begrüßt die Diskussionsrunde

ung und der Polizei. Beide Zeitzeugen fühlten schon damals, daß die demokratischen Errungenschaften in höchster Gefahr waren und der Faschismus drohte. Es gab nun viele kritische Diskussionen innerhalb der Sozialdemokratie, wie der Kampf weitergeführt werden sollte. Die Jungen forderten mehr von der Parteiführung, als diese von ihrer human-sozialdemokratischen Position aus geben konnte. Nach Ansicht Mistingners waren schon in den ersten Jahren nach der Revolution von 1918 zu viele Positionen schrittweise aufgegeben worden; zwischen den beiden großen Lagern gab es trotz einiger Versuche kein Klima der Verstän-

digung. Daraus haben die Vertreter des konservativen und des sozialdemokratischen Lagers erst in den Nazikonzentrationslagern die Lehren gezogen. Und 1945 war es klar – und ist es geblieben: niemals wieder darf mit Waffengewalt gegeneinander vorgegangen werden.

Dennoch muß man sich auch der Gefahren von heute bewußt sein, die aus der ökonomischen Entwicklung eines Systems der Profitmaximierung sowie von einem Rechtspopulismus herkommen, der mit allen demokratischen Mitteln bekämpft werden muß, betonte Nedwed in seinem Schlußwort zur Veranstaltung. ■



Kranzniederlegung für die Opfer des 15. Juli 1927

Wehret den Anfängen!

Unter großer Beteiligung fand am Abend des 14. Juli d.J. vor dem Denkmal der Republik am Ring eine Gedenkkundgebung statt, zu der die Wiener SPÖ-Bildung und die Freiheitskämpfer unter dem Motto „Wehret den Anfängen“ aufgerufen hatten. Altpräsident Anton Benya, der die Ereignisse am 15. Juli 1927 miterlebt hat, sprach von einem „Aufschrei gegen das Unrecht“. Der Faschismus konnte freilich nicht aufgehalten werden, das Massaker vor dem Justizpalast war ein Meilenstein auf dem Weg dorthin. Letztlich aber erlosch der Optimismus innerhalb der Arbeiterbewegung nicht und war Grundstein für die Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik.

Die zweite Rednerin, Stadträtin Renate Brauner, mahnte, daß jeder die Pflicht habe, aus der Vergangenheit und der Geschichte zu lernen.

Auszeichnung für Zeitzeugin

Von August 1942 bis Mai 1945 war Dagmar Ostermann aus sogenannten „rassischen Gründen“ in Haft, darunter in den Konzentrationslagern Ravensbrück und Auschwitz. Seit vielen Jahren geht sie als Zeitzeugin in Schulen. Bekannt wurde Ostermann durch Bernhard Frankfurters Buch „Die Begegnung, Auschwitz – Ein Opfer und ein Täter im Gespräch.“ Für ihre Verdienste um Aufklärung im Sinne des Hindels'schen „Wehret den Anfängen“ wurde Dagmar Ostermann mit dem Goldenen Verdienstzeichen um die Republik Österreich ausgezeichnet.

Österreicher Präsident des Auschwitz-Komitees

Die Generalversammlung des Internationalen Auschwitz-Komitees, die vom 26. bis 28. August in der Auschwitz-Gedenkstätte stattfand, wählte den Österreicher Kurt Hacker als Nachfolger des jüngst verstorbenen Maurice Goldstein zum Präsidenten. Hacker, der mehrere Jahre in Auschwitz verbrachte und im Jänner 1945 befreit wurde, berichtete bereits am 6. Mai 1945 in der Zeitung „Neues Österreich“ über „Die Hölle von Auschwitz“. Als Leiter der Gedenkstätte Mauthausen und als Zeitzeuge an Schulen leistete er einen wichtigen Beitrag im Sinne einer gegenwartsbezogenen Zeitgeschichte.

Widerlegung der Wehr

Es steht nun fest, daß die „Wehrmachtsausstellung“ vom 1. Dezember 1997 bis zum 11. Jänner 1998 in Graz gezeigt werden wird. Bisher war sie in Wien, Innsbruck, Klagenfurt und Linz zu sehen. Sowohl Geschichtsexperten als auch der Deutsche Bundestag stehen positiv zu der Ausstellung.

Von Anfang an war die „Wehrmachtsausstellung“ umstritten. Die Veteranenverbände, Teile der ÖVP, vor allem aber Funktionäre der FPÖ sind gegen diese Ausstellung. Zu größeren Tumulten kam es in Österreich bisher nicht. Anders in München. Dort kam es zu Protestkundgebungen und Gegendemonstrationen. Gegen die Ausstellung stellten sich Ultrarechte, Altnazis, Rockerbanden und Teile der CSU. Für die Ausstellung setzten sich vor allem Jungsozialisten, Gewerkschafter, Studenten und Grüne ein.

In Graz dürfte es zu keinen Störaktionen kommen. Der Kameradschaftsbund, so der geschäftsführende Präsident Peter Rieser, werde sich hüten, irgendetwas zu tun, das als Werbung für die Ausstellung wirken könnte. „Demonstrationen wird es keine geben“, sagte der VP-Bundesrat im Gespräch mit der „Kleinen Zeitung“. Rieser sieht sogar den Entwurf für ein umfangreiches Rahmenprogramm zur Ausstellung positiv, den die Veranstalter vorgelegt haben. Alles in allem werden sich Kameradschaftsbund und ÖVP „ablehnend neutral“ zur Ausstellung verhalten.

Für die Ausstellung in Graz setzte sich von Anfang an Bürgermeister Alfred Stingl ein. Trotz zahlreicher Interventionen und Versuche, die Ausstellung zu verhindern, blieb er standhaft. Un-

terstützt wurde Stingl vom Rektor der Universität Graz, Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad. Für den Ehrenschutz zeichnen unter anderen der Präsident des Nationalrates, Heinz Fischer, Bundesministerin Barbara Prammer, Bundesminister Caspar Einem, Minister a.D. Ferdinand Lacina und Klubobmann Landtagsabgeordneter Kurt Flecker. In

Deutschland gab es weitreichende Diskussionen über den Wert der Ausstellung. Dem Bundestag lagen drei Anträge vor, die ausführlich behandelt wurden. Angenommen wurde der von Abgeordneten der CDU, CSU und FDP vorgelegte Antrag (siehe Kasten).

Ein Abgeordneter der SPD verwies in der Debatte auf die Ziel-

Deutscher Bundestag positiv

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, daß Rechtsextremisten die Auseinandersetzung um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ zum Anlaß für bundesweite Mobilisierung zu Demonstrationen und rechtsextreme Propaganda nehmen..

II. Der Deutsche Bundestag stellt fest, die historische Rolle der Deutschen Wehrmacht bedarf einer differenzierten Betrachtungsweise:

1. Die meisten Soldaten glaubten, die Pflicht zu erfüllen, die sie ihrem Vaterland schuldeten, oder sie sahen keine Möglichkeit, sich dem Kriegsdienst zu entziehen. Was ein Soldat tut, ist nicht zu lösen von Zielsetzung und Moral seiner Führung.

2. Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen

Deutschland verschuldetes Verbrechen.

3. Es geht nicht darum, die deutsche Wehrmacht pauschal zu verurteilen. Einzelne Verbände haben jedoch auch, teils im Vollzug von Weisungen höchster Wehrmachtsstellen, mit der Erschießung von Gefangenen, bei Massakern in besetzten Gebieten und durch Beteiligung am Judenmord schwerstes Unrecht begangen.

III. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Ausstellung des Hamburger Institutes für Sozialforschung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ zu einer öffentlichen Diskussion über die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg geführt hat.

IV. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Ausstellung im Oktober 1998 in Bonn am gegenwärtigen Sitz von Parlament und Regierung gezeigt werden wird.

nachtslegende



Die Wehrmachtsführung machte sich zum Exekutor von Hitlers Vernichtungskrieg

setzung der Ausstellung, wie sie im Katalog folgendermaßen formuliert wird: „Die Ausstellung will kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten fällen. Sie will eine Debatte eröffnen über das – neben Auschwitz – barbarischste Kapitel der deutschen und österreichischen Geschichte, den Vernichtungskrieg der Deutschen Wehrmacht von 1941 bis 1944.“ Der von Gegnern der Ausstellung gerne vorgebrachte Vorwurf einer Pauschalverurteilung wird überdies durch die Exponate der Ausstellung widerlegt.

Allerdings bricht die Ausstellung unwiderruflich mit der Mär, der Legende, die in Deutschland (und Österreich) lange vorherrschend war – von der sauberen Wehrmacht, von dem sauberen Krieg an der Ostfront. In diesem Zusammenhang verwies ein an-

derer sozialdemokratischer Redner auf eine Äußerung des deutschen Bundesministers für Landesverteidigung, Dr. Volker Rühle, vor der 35. Kommandeurstagung der Bundeswehr in München. Rühle sagte: „Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches in ihrer Spitze mit Truppenteilen und Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen.“ Dafür liefert die Ausstellung unwiderlegbare Beweise.

Fast alle Teilnehmer der Bundestagsdebatte meinten, daß die Ausstellung trotz mancher Einwände gezeigt werden sollte. Es ist zu hoffen, daß es auch in Graz nicht zu einer unnötigen Polarisierung und zum – völlig unpassenden – Hineinziehen der Ausstellung in den Gemeinderatswahlkampf kommt. ■

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Daniel Friedl, Anton Heinzl, Leo Lesjak, Ernst Nedwed, Alfred Ströer und Manfred Scheuch (redaktionelle Leitung). Redaktionsschluß: 12. September 1997.

Gegen den Strich



Selbst seinen engeren Freunden und politischen Weggefährten ist das zeichnerische Talent unseres Alfred „Ali“ Kohlbacher lange verborgen geblieben. Dabei wurden Kohlachers Karikaturen bereits vor zwei Jahren in der Galerie Chica, Wien-Landstraße, gezeigt, und er hat seitdem eine Fülle seiner satirischen gezeichneten Kommentare zu unserer Zeit neu geschaffen. Seine Themen sind, entsprechend Kohlachers seit Jahrzehnten durch die verschiedensten Aktivitäten geprägten Haltung als unorthodoxer Linker im Rahmen der SPÖ, politischer Natur: die

Sorge um Lage und Entwicklung der Arbeiterbewegung, der zunehmende Rechtspopulismus, der gefährdete Weltfriede, die Ausbeutung durch einen brutalen Neoliberalismus. Seine „Strichführung gegen den Zeitgeist“ erinnert Kenner ein bißchen an A. Paul Weber und Saul Steinberg. Zum humanitären Engagement kommt gelegentlich auch ein Schuß Selbstironie. Ali Kohlbacher hat sich also trotz seiner 62 Jahre seinen jugendlichen Feuergeist bewahrt. Wesentlich an der Gestaltung der sozialdemokratischen Raumordnungspolitik der Kreisky-Jahre mitwirkend, hat er stets Zeit gefunden, neben seinem Beruf durch Mitarbeit bei den Freiheitskämpfern, in der SPÖ-Hietzing, bei den Roten Falken, im Renner-Institut und in dem von ihm mitbegründeten Nord-Süd-Institut für Entwicklungszusammenarbeit sowie der SPÖ-Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungspolitik seine Ideen einfließen zu lassen und aktiv mitzuarbeiten. ■

Marlene Dietrich „verfemt“?

Im Bezirksparlament von Berlin-Schöneberg wollten SPD und Grüne der berühmten Tochter Berlins, Marlene Dietrich, eine Ehrung durch Benennung eines kleinen Platzes als Marlene-Dietrich-Platz zuteil werden lassen. Dies stieß vor allem bei den älteren Bürgern von Schöneberg auf vehemente Ablehnung. Für sie gilt Marlene Dietrich immer noch als „Vaterlandsverräterin“, weil sie schon 1930 Deutschland vor den herankommenden Nazis verlassen hat und später während

des Zweiten Weltkriegs als US-Truppenbetreuerin wirkte. Marlene Dietrich galt als antifaschistische Künstlerin, und es ist eigenartig, daß diese Berliner 52 Jahre nach dem Ende des Hitlerfaschismus noch immer eine Geisteshaltung an den Tag legen, die man schon längst vergessen glaubte. Und das in einer Stadt, deren Überleben und deren Schutz vor der Vereinnahmung durch eine andere Diktatur 1948/49 durch die Luftbrücke der Amerikaner gesichert wurde. ■

Kärntens „Alte Kämpfer“

„Zu den Klischees, die Kärnten betreffen, zählt der auch für österreichische Standards ungewöhnlich lockere Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Wie viele Klischees ist auch dieses eine Vereinfachung, aber keine Verfälschung“, schreibt Anton Pelinka in seinem Vorwort zu Alfred Elstes Buch „Kärntens braune Elite“ (Verlag Hermagoras/Mohorjeva, Klagenfurt). Der Autor legt eine Sammlung biographischer Skizzen von „Alten Kämpfern“ und Blutordensträgern der NSDAP vor. Wir finden darin Odilo Globocnik, der sich 1938 als Gauleiter von Wien als Fehlbesetzung erwies, dann aber als SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin führend an der Ermordung von 1,5 Millionen Juden beteiligt war und sich bei der Gefangennahme durch die Engländer mit Zyankali der Verantwortung entzog, oder Kärntens Gauleiter Friedrich Rainer, der in Jugoslawien als Kriegsverbrecher abgeurteilt wurde – um nur die bekanntesten zu nennen. Ein Porträt Hans Steinachers, der eine führende Rolle im „Abwehrkampf“ von 1920 spielte, zeigt, daß dies im Kärntner Klima auch eine NS-Vergangenheit pardonierte; wobei sich freilich für Steinacher nach 1945 als Glücksfall herausstellte, daß ihn Hitler auf Wunsch Mussolinis kaltstellte, weil er sich auch in Südtirol völkisch betätigt hatte.

Abschied von Erwin Hanzl

Der Wiener Landesverband trauert um Erwin Hanzl, der im August im 90. Lebensjahr verstorben ist. Hanzl war seit seiner Jugend in der sozialdemokratischen Bewegung tätig. Als SAJ-ler, als Wehrsportler und Schutzbündler nahm er an den sozialen und politischen Kämpfen der Ersten Republik teil. Während der Illegalität nach 1934 gehörte er einer Gruppe der Revolutionären Sozialisten an. Nach 1945 war er bei der Wiedererrichtung der sozialistischen Organisationen aktiv. Lange Jahre, bis zu seinem Tode, war er Vorsitzender der Bezirksgruppe Liesing der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer.

Wir gratulieren:

Zum 96. Geburtstag: Wilhelm Schwarz, Graz. **95. Geburtstag:** Walter Hofstätter, Mauthausen; Julie Prachinger, St. Pölten; Anna Leitner, Wien. **94. Geburtstag:** Maria Zimmerl, Wien. **93. Geburtstag:** Anna Mannsberger; Judenburg; Fritz Bittner, Maria Bübl, Rudolf Jawurek, Wien. **92. Geburtstag:** Karoline Schmied, Bruck/M.; Frieda Pinter, Graz. **90. Geburtstag:** Ludwig Krainz, Bruck/M.; Otto Jerausch, Stefanie Koban, St. Pölten; Rosa Hiesinger, Josef Kohl, Wien. **85. Geburtstag:** Helene Prochazka, Baden; Karl Wimmer, Neckenmarkt; Leonhard Krangler, Rennweg; Adele Billmaier, Vösendorf; Hermine Brunner, Karl Heinz, Karl Hosztynek, Dr. Friedrich Lingard, Wien. **80. Geburtstag:** Johann Kleewein, Himmelberg; Stefanie Schächli, Innsbruck; Maria Schnabel, Kapfenberg; Gertrude Rosenberger, Linz; August Messner, St. Kanzian; Johanna König, Erna Samt, Hermine Wagner, Wien. **75. Geburtstag:** Anna-Maria Färber, Linz; Hofrat Dr. Rudolf Schlager, Maria Enzersdorf; Herta Venc, Schwechat; Leopold Deutsch, Alois Krumbein, Karl Mayerhofer, Karl Medek, Gertrud Reinagl, Rudolf Schlager, Karl Schmiedbauer, Helene Simku, Wien.

Erwin Weiss zum 85er

Ein neuer Frühling wird in der Heimat blühen – schöner noch, als einst er war“: Sehr bald nach Kriegsende, in Not, Kälte und Zerstörung, wurde dieses optimistische Lied zu einem der meistgesungenen in der sozialistischen Bewegung. Sein Schöpfer war Erwin Weiss, der schon im November 1945 aus der von den Nazis erzwungenen Emigration nach Österreich zurückkehren konnte. Erwin Weiss feiert dieser Tage seinen 85. Geburtstag. Der musikbegabte junge Weiss begann bereits bei den Roten Falken seine kulturelle Erziehungsarbeit. In diese Zeit fielen auch die ersten kompositorischen Gehversuche. Das Jahr 1934 wurde auch für Erwin Weiss zum tragischen Einschnitt in der Kulturarbeit, allerdings konnte er noch die Dirigentenklasse der Musikakademie besuchen. Mit dem Einmarsch Hitlers war das zu Ende. Gemeinsam mit anderen Familienmitgliedern gelang es ihm, Österreich zu verlassen. Nach seiner Rückkehr aus dem Exil stellte er den ersten Jugen-



Professor Erwin Weiss

dchor der SJ mit mehr als hundert Mitgliedern auf die Beine, leitete dann den ÖGB-Chor und war bis zu seiner Pensionierung als Leiter des Konservatoriums der Stadt Wien tätig. Ein Bruder von Professor Erwin Weiss, Karl Weiss, vor 1934 als Funktionär der SJ und Wehrtuner in enger Freundschaft mit Bruno Kreisky verbunden, liegt zur Zeit mit einer schweren Erkrankung in einem New Yorker Spital. Das Präsidium unseres Bundes sprach in einem Schreiben an ihn die besten Wünsche für seine Genesung aus. ■

„Entehrter“ Ulrichsberg?

Mit Zerstörungsaktionen wie der im August erfolgten Verwüstung der Gedenkstätte am Kärntner Ulrichsberg wird der Sache des Antifaschismus kein guter Dienst erwiesen, auch wenn der Ulrichsberg wiederholt von Ewig-Gestrigen, darunter auch von ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, mißbraucht wurde. Indes wurde vom Politologen Anton Pelinka angeregt, die Gedenkstätte so zu gestalten, daß dort auch NS-Widerstandskämpfer geehrt würden. Dieser Vorschlag erfuhr bedauerlicherweise unter anderem seitens des Chefs des Kärntner Abwehrkämpferbundes, Helmuth Themessl, eine Abfuhr. Die Gedenkstätte würde „entehrt“, denn „Widerstand und Einsatz für Volk und Heimat – das geht überhaupt nicht zusammen.“ Dazu merkte Hans Rauscher, seit kurzem Kommentator im „Standard“, an: „In Wahrheit entehren solche völkische Phrasendrescher jene Wehrmachtssoldaten, die ihr Leben für den größten Vernichtungskrieg der Weltgeschichte gelassen haben – nicht für Volk und Heimat.“

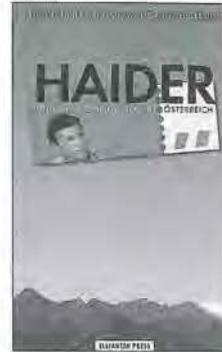
Warnung vor „Bundeskanzler Haider“

Ein neues Buch über Haider warnt vor Entwicklungen, die den FP-Führer in Regierungsverantwortung hieven könnten. Denn, so die Autoren: trotz äußerlicher Wandlung haben sich seine Grundpositionen nicht geändert.

Waren Ankündigungen Haiders, die Kanzlerschaft zu übernehmen, „früher, bei 9 oder 16 Prozent, nur leeres Gerede, das niemand ernst nahm, so ist nach den Wahlerfolgen der letzten Jahre, insbesondere bei der EU-Wahl 1996, wo die FPÖ in manchen Wahlkreisen alle übrigen Parteien überrundete, eine Kanzlerschaft Jörg Haider oder zumindest eine Regierungsbeteiligung nicht mehr auszuschließen“. Diese Feststellung, getroffen in dem eben erschienenen, von Brigitte Bailer-Galanda und Wolfgang Neugebauer verfaßten Buch „Haider und die Freiheitlichen in Österreich“ (Elefant Press, Berlin), zeigt, was die beiden im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes tätigen Autoren bewogen hat, dem Weltbild und der politischen Taktik des FP-Führers erneut eine umfassende Darstellung zu widmen. Hat sich Haider im Verlauf des erfolgreichen Aufstiegs seiner Bewegung geändert? Die Verfasser sehen keinen Grund für eine Bejahung dieser Frage, auch wenn Haider in letzter Zeit versucht,

vom provozierenden Protestpolitiker abzurücken und den sich auf eine neue Aufgabe vorbereitenden Staatsmann zu mimen. Äußerlich hat er ja schon die längste Zeit Wandlungsfähigkeit bewiesen – bis hin zu gestylter Kleidung und Frisur. Aber auch wenn den Autoren „Sippenhaftung“ fernliegt, sehen sie doch Haider aufgrund zahlreicher Äußerungen und Handlungen vom postnazistischen Milieu des Elternhauses geprägt; durch seine Verankerung in der FP Kärnten wurde dies eher noch verstärkt. Haider erscheint demnach zwar lernfähig, wie er seine Politik besser verkaufen kann; aber die Grundpositionen und Charakterzüge haben sich kaum gewandelt.

Die „rechtsextreme Protestpartei modernen Zuschnitts“, wie die Autoren die Haider-FPÖ klassifizieren, hat nicht notwendigerweise eine vorwiegend rechtsextreme Wählerschaft. Zu einem beträchtlichen Teil handelt es sich bei dieser um bildungsmäßig und/oder materiell Benachteiligte, die Haider aus einem unklaren Bedürfnis nach Verände-



rung zuströmen. „Wenn der Haider kommt, wird alles anders“, hört man solche Leute sagen. In der Tat – darauf weisen die Autoren hin – bedarf es keiner Verfassungsänderungen, wenn ein Kanzler Haider etwa die Arbeitslosenunterstützung einschränken, Subventionen für Kunst und Wissenschaft streichen, auf die Lehrpläne Einfluß nehmen oder Nichtösterreicher rechtlich schlechter stellen wollte. Um so wichtiger erscheint es, auf die schweren Nachteile hinzuweisen, die eine Regierung mit Haider für Österreich bringen würde: im Inneren die Umwandlung einer repräsentativen Demokratie in ein System mit autoritären Zügen, nach außen eine weitgehende Isolierung unseres Landes in Europa. Das neue Haider-Buch ist eine eindringliche Warnung vor einer solchen Entwicklung. ■

Veranstaltungen der Wiener Freiheitskämpfer

Einige Bezirksgruppen der Wiener Freiheitskämpfer werden im Herbst Gedenkfahrten zu ehemaligen NS-Konzentrationslagern unternehmen. Der Wiener Landesverband stellt dafür einen Förderungsbetrag zur Verfügung. Um in Hinblick solche Aktionen – vor allem für junge Menschen – auf breiter Basis durchführen zu können, sind geschulte Betreuer für diese Fahrten erforderlich. Deshalb wird der Wiener Landesverband am 8. sowie am 14. und 15. November 1997 ein Spezialseminar für KZ-Führungen abhalten. Nähere Informationen sind bei den Vorsitzenden der Bezirksgruppen und im Sekretariat erhältlich.

Gemeinsam mit der Wiener Bildung wird am Sonntag, 28. September von 9 bis 15 Uhr ein Seminar über die Vernichtungspraxis der Nazis unter dem Titel „Lebensunwertes Leben“ abgehalten. Referenten sind Dr. Martin Luksan und Ing. Ernst Nedwed. Anmeldungen im Sekretariat (Telefon 534 27/277 und 278). Am Dienstag, 7. Oktober, 20 Uhr, wird das Buch „Haider und die Freiheitlichen“ von Dr. Neugebauer im Cernetz-Heim, 2. Praterstraße 25, präsentiert.

Bitte vormerken: Wie alljährlich wird auch diesmal wieder am 1. November ein Gedenkmarsch der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer auf dem Wiener Zentralfriedhof stattfinden. Treffpunkt 8.30 Uhr, 2. Tor.

NS-Todesurteil aufgehoben

Nachdem im Mai d. J. das Landgericht Berlin das Todesurteil gegen den österreichischen christlichen Wehrdienstverweigerer Franz Jägerstätter aus St. Radegund formell aufgehoben hatte, hat nun erstmals auch ein österreichisches Gericht einen durch die NS-Justiz Verurteilten und Hingerichteten rehabilitiert. Der damals 23jährige Kärntner Holzarbeiter Anton Uran aus Techelsberg war 1943 wegen „Zer-

setzung der Wehrkraft“ zum Schaffot gebracht worden. Die Rehabilitation Anton Urans war von seinem Bruder Erasmus angestrengt und vom Kärntner ÖGB-Bildungsvorsitzenden Vinzenz Jobst unterstützt worden. „Wir wollten dokumentiert haben, daß verurteilte Widerstandskämpfer und Kriegsdienstverweigerer Opfer und nicht Täter waren und daß die österreichische Justiz einen klaren Trennungsstrich zur



Rehabilitiert: Anton Urban

scheinlegalen Blutjustiz der Nazi-Richter zieht“. ■

Requiem für Kanitz

In der sozialdemokratischen Bewegung wissen unter den Jungen heute nur noch wenige, wer Otto Felix Kanitz war. Als Gründer der „Kinderrepublik“ für erholungsbedürftige Arbeiterkinder, als Kinderfreunde-Pädagoge und Redakteur war er von dem Glauben besetzt, durch Erziehung zu einem humanen Sozialismus den „neuen Menschen“ heranbilden zu können. 1932 wurde er Bundesrat, aber als er 1934 dem Kampf gegen die Austrofaschisten auswich und den Polizeipräsidenten nach der Flucht in die Tschechoslowakei um Erlaubnis zur Rückkehr nach Wien bat, nahmen ihm das die in der Illegalität weiter aktiven Genossen übel. 1938 aber schien er den Nazis gefährlich genug, ihn ins KZ Buchenwald einzuliefern. Dort starb er am 29. März 1940 einen grausamen Tod. Albrecht K. Konecny hat diesem Mann einen Gedenkschrift gewidmet: „Der Tod eines Bundesrates“, als Sonderdruck des Sammelbandes „Bundesrat-Bundesstaat“ in einer Broschüre erschienen, ist keine Biographie im strengen Sinn, sondern eine „Annäherung an einen Patrioten in 33 Schritten“, eine berührende Darstellung, aus der eine tiefgehende Beziehung zu der Persönlichkeit Kanitz' spricht.

Kontakte mit SPD-Flossenbürg

Der Stein hat mich nach 50 Jahren wieder nach Flossenbürg gerufen, um den Nachgeborenen zu sagen: Paßt auf, daß so etwas nie mehr geschehen kann.“ Das sagte Nationalratsabgeordneter a.D. Leo Mistingher anlässlich der Enthüllung eines Gedenksteins durch die SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers in der Oberpfalz vor zwei Jahren. Auch heuer hat Mistingher an einem Überleben-

dentreffen der ehemaligen KZ-Häftlinge von Flossenbürg teilgenommen und dort als Zeitzeuge Interviews für Fernsehen und Radio gegeben. Der SPD-Bezirk Oberpfalz in Bayern würde sich über weitere Kontakte mit ehemaligen Häftlingen – neben Mistingher hat nur Franz Koupek aus Wien an dem Treffen teilgenommen – freuen. Zuschriften erbeten an Albert Schwägerl, SPD-Ortsverein, D-92696 Flossenbürg, Bocksbühlweg 12.



Ehemalige Häftlinge (3.v.l.: Leo Mistingher) am Gedenkstein in Flossenbürg

Gelbard Professor

Unserem Vorstandsmitglied Rudolf Gelbard wurde neuerlich eine hohe Ehrung zuteil. Er wurde vom Bundespräsidenten mit der Berufsbezeichnung Professor ausgezeichnet. Gelbard, 1942 ins Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt, war seit seiner Befreiung in Wort und Schrift im Dienste der Aufklärung der NS-Verbrechen tätig.

Gegen Kernstock

Die „Plattform kritische Jugend“ führte gemeinsam mit der SJ-NÖ und der SJ Markt Piesting im Juli eine Aktion mit dem Ziel durch, eine Umbenennung der Kernstockgasse in Wiener Neustadt zu erreichen. Der deutschnationale Dichter und Priester Ottokar Kernstock (+ 1928) hat nicht nur den Text der 1929-1938 verwendeten Bundeshymne, sondern auch martialische Kriegsgedichte und ein „Hakenkreuzlerlied“ verfaßt.

Gedenktafel in Hadersdorf

In Hadersdorf am Kamp wurde nun endlich eine Gedenktafel für die dort ermordeten Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen angebracht.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Produktionsleitung: VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt. Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, e-mail-Adresse: kaempfer@spoe.or.at.